








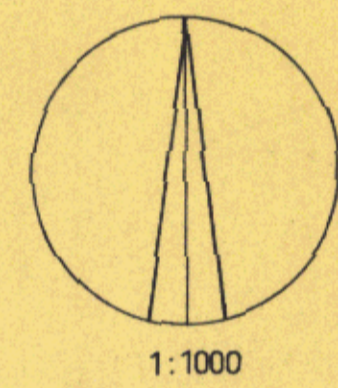
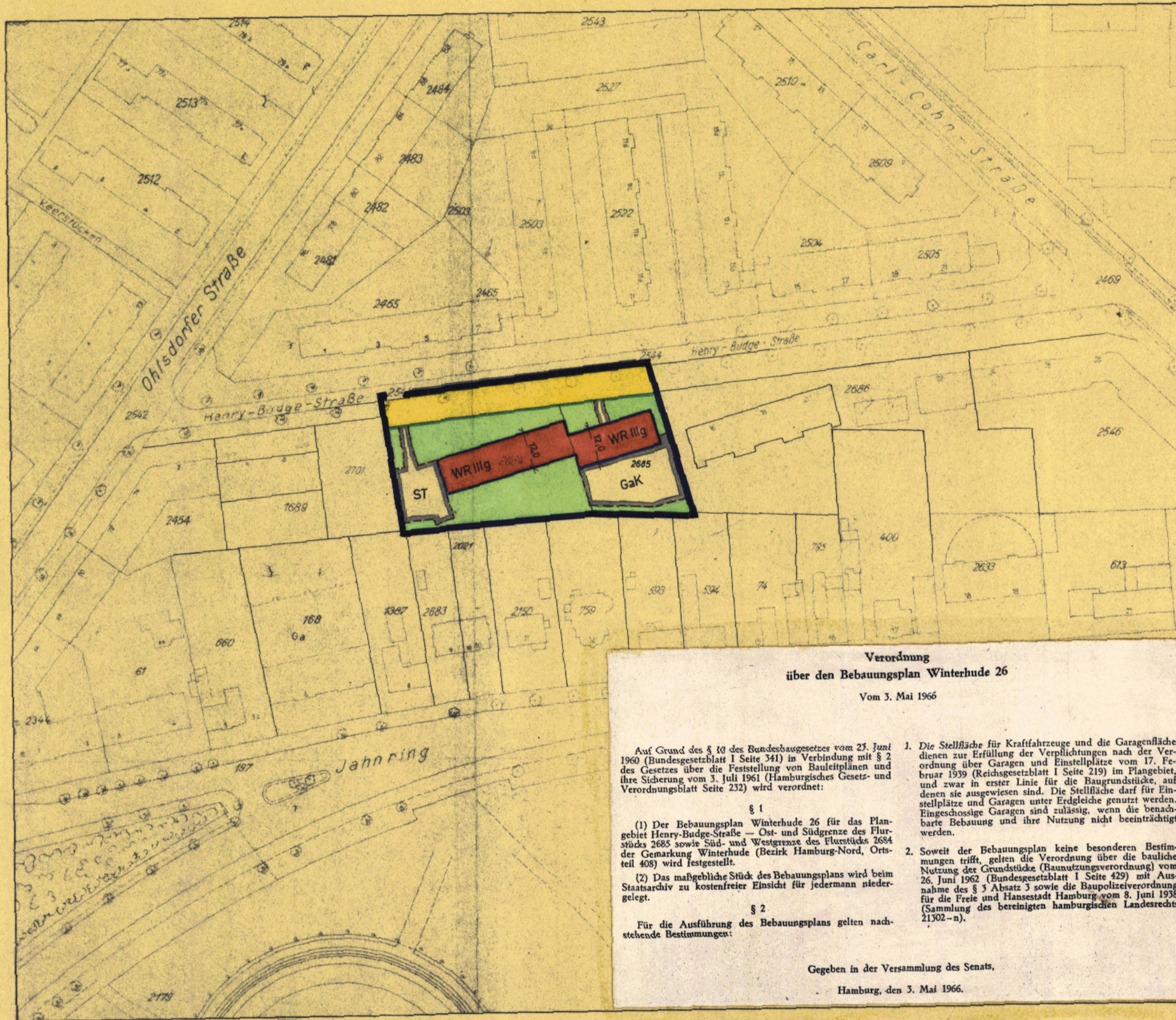


BEBAUUNGSPLAN WINTERHUDE 26

-  GRENZE DES PLANGEBIETES
-  STRASSENLINIE
-  BAUGRENZE
-  SONSTIGE ABGRENZUNGEN
  
- ART DER BAULICHEN NUTZUNG**
-  **WOHNBAUFLÄCHEN**  
WR  
REINES WOHNGEBIET
  
- MASS DER BAULICHEN NUTZUNG**
- 1,1) und mehr ZAHL DER VOLLGESCHÖSSE, ZWINGEND
  
- BAUWEISE**
- g GESCHLOSSENE BAUWEISE
-  STELLPLÄTZE MIT EINFÄHRTEN
-  GARAGEN UNTER ERDGLEICHE
-  NICHT ÜBERBAUBARE FLÄCHEN
-  ÖFFENTLICHE STRASSEN, WEGE, PLÄTZE



**Verordnung**  
über den Bebauungsplan Winterhude 26  
Vom 3. Mai 1966

Auf Grund des § 10 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (Bundesgesetzblatt I Seite 341) in Verbindung mit § 2 des Gesetzes über die Feststellung von Bauleitplänen und ihre Sicherung vom 3. Juli 1961 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 232) wird verordnet:

§ 1

(1) Der Bebauungsplan Winterhude 26 für das Plangebiet Henry-Budge-Straße — Ost- und Südgrenze des Flurstücks 2685 sowie Süd- und Westgrenze des Flurstücks 2684 der Gemarkung Winterhude (Bezirk Hamburg-Nord, Ortsteil 408) wird festgestellt.

(2) Das maßgebliche Stück des Bebauungsplans wird beim Staatsarchiv zu kostenfreier Einsicht für jedermann niedergelegt.

§ 2

Für die Ausführung des Bebauungsplans gelten nachstehende Bestimmungen:

1. Die Stellfläche für Kraftfahrzeuge und die Garagenfläche dienen zur Erfüllung der Verpflichtungen nach der Verordnung über Garagen und Einstellplätze vom 17. Februar 1939 (Reichsgesetzblatt I Seite 219) im Plangebiet, und zwar in erster Linie für die Baugrundstücke, auf denen sie ausgewiesen sind. Die Stellfläche darf für Einstellplätze und Garagen unter Erdgleiche genutzt werden. Eingeschossige Garagen sind zulässig, wenn die benachbarte Bebauung und ihre Nutzung nicht beeinträchtigt werden.
2. Soweit der Bebauungsplan keine besonderen Bestimmungen trifft, gelten die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung) vom 26. Juni 1962 (Bundesgesetzblatt I Seite 429) mit Ausnahme des § 3 Absatz 3 sowie die Baupolizeiverordnung für die Freie und Hansestadt Hamburg vom 8. Juni 1938 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts 21302-n).

Gegeben in der Versammlung des Senats,  
Hamburg, den 3. Mai 1966.

Freie und Hansestadt Hamburg  
Baubehörde  
Landesplanungsausschuss  
Hamburg 36, Stadthausbrücke 8  
R. 1 34 10 08

Nr. 23065 Archiv

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

**BEBAUUNGSPLAN** AUF GRUND DES BUNDESBAUGESETZES VOM 23. JUNI 1960 (BGBL I S. 341)

WINTERHUDE 26

BEZIRK HAMBURG-NORD ORTSTEIL 408

HAMBURG, DEN 20.4.66.  
LANDESPLANUNGSAMT

GEZ. MORGENSTERN  
Baudirektor

Die Übereinstimmung mit dem im Staatsarchiv niedergelegten Bebauungsplan wird bescheinigt.

Freie und Hansestadt Hamburg  
Baubehörde  
Landesplanungsausschuss

Hamburg, den 10. Mai 1966 Festgestellt durch Verordnung/Gesetz vom 3. Mai 1966 (GVBl. S. 745)

Bandholz, TA - In Kraft getreten am 18. Mai 1966

# HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

## TEIL I

Nr. 26

DIENSTAG, DEN 17. MAI

1966

Tag	Inhalt	Seite
3. 5. 1966	Verordnung über den Bebauungsplan Winterhude 26 .....	145
3. 5. 1966	Verordnung über den Bebauungsplan Wandsbek 21 .....	146
—	Druckfehlerberichtigungen .....	146

### Verordnung

#### über den Bebauungsplan Winterhude 26

Vom 3. Mai 1966

Auf Grund des § 10 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (Bundesgesetzblatt I Seite 341) in Verbindung mit § 2 des Gesetzes über die Feststellung von Bauleitplänen und ihre Sicherung vom 3. Juli 1961 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 232) wird verordnet:

#### § 1

(1) Der Bebauungsplan Winterhude 26 für das Plangebiet Henry-Budge-Straße — Ost- und Südgrenze des Flurstücks 2685 sowie Süd- und Westgrenze des Flurstücks 2684 der Gemarkung Winterhude (Bezirk Hamburg-Nord, Ortsteil 408) wird festgestellt.

(2) Das maßgebliche Stück des Bebauungsplans wird beim Staatsarchiv zu kostenfreier Einsicht für jedermann niedergelegt.

#### § 2

Für die Ausführung des Bebauungsplans gelten nachstehende Bestimmungen:

1. Die Stellfläche für Kraftfahrzeuge und die Garagenfläche dienen zur Erfüllung der Verpflichtungen nach der Verordnung über Garagen und Einstellplätze vom 17. Februar 1939 (Reichsgesetzblatt I Seite 219) im Plangebiet, und zwar in erster Linie für die Baugrundstücke, auf denen sie ausgewiesen sind. Die Stellfläche darf für Einstellplätze und Garagen unter Erdgleiche genutzt werden. Eingeschossige Garagen sind zulässig, wenn die benachbarte Bebauung und ihre Nutzung nicht beeinträchtigt werden.
2. Soweit der Bebauungsplan keine besonderen Bestimmungen trifft, gelten die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung) vom 26. Juni 1962 (Bundesgesetzblatt I Seite 429) mit Ausnahme des § 3 Absatz 3 sowie die Baupolizeiverordnung für die Freie und Hansestadt Hamburg vom 8. Juni 1938 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts 21302-n).

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 3. Mai 1966.